

Klaus Dörre, Steffen Liebig, Kim Lucht,
Lennart Michaelis, Johanna Sittel (Hg.)

UMKÄMPFTE TRANSFORMATION

Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel

Umkämpfte Transformation

International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien

Herausgegeben von Klaus Dörre und Stephan Lessenich

Band 41

Klaus Dörre, Prof. Dr., ist Gastprofessor am »Kassel Institute for Sustainability« an der Universität Kassel und Professor i. R. an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Steffen Liebig, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Eigentum, Ungleichheit und Klassenbildung in sozial-ökologischen Transformationskonflikten« des SFB »Strukturwandel des Eigentums« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Kim Lucht, M. A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Projekt »Eigentum, Ungleichheit und Klassenbildung in sozial-ökologischen Transformationskonflikten« des SFB »Strukturwandel des Eigentums« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Lennart Michaelis, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Johanna Sittel, Dr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Klaus Dörre, Steffen Liebig, Kim Lucht,
Lennart Michaelis, Johanna Sittel (Hg.)

Umkämpfte Transformation

Konflikte um den digitalen und ökologischen Wandel

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-52068-1 Print

ISBN 978-3-593-46147-2 E-Book (PDF)

ISBN 978-3-593-46148-9 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© 2025. Alle Rechte bei Campus Verlag in der Verlagsgruppe Beltz,

Werderstr. 10, 69469 Weinheim, info@campus.de.

Umschlaggestaltung: Verlagsgruppe Beltz

Satz: le-tex xerif

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung: Das große Rollback. Von der Transformation zur Restauration? <i>Klaus Dörre, Steffen Liebig, Kim Lucht, Lennart Michaelis, Johanna Sittel</i>	9
I. Fundierung	
Klasse, Klima, Konflikt. Gesellschafts- und Naturbewusstsein in der Transformation	41
<i>Oskar Butting, Klaus Dörre, Nora Fülöp</i>	
II. Sozial-ökologische Transformationskonflikte	
Wasserstoff für die Stahlindustrie? Transformationskorporatismus, sozial- ökologische Konfliktachsen und Perspektiven im Betrieb	101
<i>Fabian Pflügler, Anna Mehlis, Stephan Humbert, Hannes Guddat</i>	
Korporatismus ade! Transformationskonflikte und die Krise der Autoindustrie	127
<i>Klaus Dörre, Steffen Liebig, Kim Lucht, Johanna Sittel</i>	
Blockierte Weiterbildung, blockierte Transformation? – Potenziale und Hindernisse von Qualifizierung in der Thüringer Auto(zuliefer)industrie ..	169
<i>Lennart Michaelis, Thomas Rehfeldt, Johanna Sittel</i>	
Skeptische Industrie und verunsicherte Vorreiter der Umweltwirtschaft: Die sozial-ökologische Transformation aus der Perspektive von kleinen und mittleren Unternehmen	197
<i>Nora Fülöp, Thomas Engel, Alexandra Bernhardt</i>	

III. Digitale Transformationskonflikte

Mobilfunkinfrastrukturen im digitalen Kapitalismus: Standardisierung,
Geopolitik und die Einbettung von Infrastrukturmärkten 225

Walid Ibrahim

Digitale Transformation auf dem Bau: Zwischen Krise, Konflikt und
Kompromiss 249

Jorin vom Bruch, Jan Zipperling

Logistik- und Postdienstleistungen in der Transformation. Die Deutsche
Post zwischen Segmentierung, digitaler Dequalifizierung und sozialer
Infrastruktur 273

Steffen Liebig

IV. Perspektiven

Determinanten der ökologischen Transformation: Soziologische Analysen
und strategische Implikationen 299

Hans-Jürgen Urban

Kräfte bündeln – aber wie? Über Perspektiven der Zusammenarbeit von
Klima- und Arbeiterbewegung 323

Franziska Heinisch

Nachwort: Fortwährende Transformation. Entwicklungspfade, Blockaden,
Lernfähigkeit 343

Steffen Liebig, Kim Lucht, Lennart Michaelis, Johanna Sittel, Klaus Dörre

Anhang 353

Autorinnen und Autoren 363

Determinanten der ökologischen Transformation: Soziologische Analysen und strategische Implikationen

Hans-Jürgen Urban

1. Einleitung: Diskurse über die Transformation

Die Notwendigkeit der Dekarbonisierung des gegenwärtigen Entwicklungsmodells wird in Gesellschaft und Soziologie weitgehend geteilt. Über Inhalt und Eignung von politischen Strategien oder analytischen Begriffen wie Wachstum, Wohlstand, Postwachstum, *Degrowth*, Transformation oder Nachhaltigkeit wird jedoch heftig gestritten. Dabei hat der Diskurs unterschiedliche Etappen durchlaufen. Insbesondere die Bedeutungen von Zentralbegriffen wie Nachhaltigkeit und Transformation haben sich grundlegend verändert (für viele Pannekamp 2011; Brand 2021; Schmelzer/Vetter 2021). Stand am Beginn der Debatte ein eher ressourcenökonomisches Nachhaltigkeitskonzept, in dem die Nutzung der Natur in der natürlichen Regenerationsrate ihre Grenzen finden sollte, so bewirkte insbesondere der sogenannte »Brundtland-Bericht«, so argumentiert etwa Karl-Werner Brand (2021), eine doppelte Diskursverschiebung: Das an der Nutzung von Naturressourcen orientierte Nachhaltigkeitsverständnis wurde in ein Konzept dauerhafter Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse (insbesondere der Menschen im globalen Süden) fortentwickelt; und zugleich veränderte sich das Verständnis der ökologischen Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums in eine Kritik der Grenzen bisheriger Technologien und gesellschaftlicher Organisationsformen. Entsprechend verschob sich im Zeitablauf auch das Verständnis einer sachgerechten Transformationspolitik. Hier diagnostiziert Brand eine »Verwandlung der reformistischen Nachhaltigkeits- in eine radikale Transformationsdebatte« (Brand 2021: 190). Vorangetrieben durch Postwachstumsdiskurse und *Degrowth*-Bewegung(en), und nicht zuletzt durch die Mobilisierungswelle der *Fridays-for-Future*-Bewegung, habe sich Nachhaltigkeit nicht nur zu einem hegemonialen gesellschaftlichen Leitbild und neuen Rechtfertigungsregime entwickelt. Vielmehr stehe nicht nur das fossile Modell gesellschaftlicher Industrialisierung, sondern auch die Koppelung gesellschaftlicher Wohlfahrt an das kapitalistische Wachstumsmodell zur Debatte.

Entsprechend hätten sich erhobene Forderungen und das anvisierte Politikziel der ökologischen Modernisierung in das Ziel einer »großen Transformation« radikalisiert.

Die von Brand nachgezeichneten Veränderungen treffen wichtige Entwicklungen in den Nachhaltigkeitsdiskursen und -politiken. Gleichwohl lassen sich auch gegenläufige oder abweichende Trends beobachten. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die skizzierte Radikalisierung einschlägiger Nachhaltigkeitsvorstellung und korrespondierender Transformationspolitiken gegenwärtig von einer neuen Leitbilddebatte über einen grünen *Stakeholder*-Kapitalismus ergänzt oder besser: konterkariert wird, in der das Zielbild der großen Transformation *über den Kapitalismus* hinaus durch die Transformation *des Kapitalismus* selbst ersetzt wird. Ob dieses Zielbild die Kraft zu einer dauerhaften hegemonialen Ausstrahlung in Diskursen und Politik entfalten kann, dürfte sich, so eine zentrale These dieses Aufsatzes, über machtbasierte Transformationskonflikte entscheiden, in denen relevante Akteure entlang vorhandener Ressourcen und Strategiepräferenzen um die Realisierung eigener Interessen und Hegemonieansprüche sowie die Verteilung der Transformationskosten streiten. In der Soziologie lässt sich jedenfalls eine wachsende Skepsis gegenüber der Realisierbarkeit einer nachhaltigen Transformation des Gegenwartskapitalismus beobachten.

Die Argumentation des vorliegenden Beitrags gliedert sich wie folgt: Der Skizze ausgewählter soziologischer Zweifel an der Machbarkeit einer nachhaltigen Transformation (Abschnitt 2) folgt ein Plädoyer für eine Soziologie sozialer und ökologischer Transformationskonflikte (Abschnitt 3), um anschließend am Beispiel der Stahlindustrie einige Widersprüche und Paradoxien einer transformativen Interessenpolitik der Gewerkschaften zu diskutieren (Abschnitt 4 und 5). Ein kurzer Ausblick auf eine praxisorientierte soziologische Möglichkeitsforschung schließt den Beitrag ab (Abschnitt 6).

2. Sozialwissenschaftliche Zweifel an der Transformationsperspektive

Aus den Sozialwissenschaften können Akteure mit transformativen Absichten in Richtung eines nachhaltigen Entwicklungsmodells kaum Optimismus schöpfen. Anzahl und Qualität der sozialwissenschaftlichen Zweifel daran, dass die kapitalistische Moderne den geforderten Pfadwechsel bewerkstelligen kann, sind beeindruckend. Dabei werden Herkunft und Höhe der Hürden entlang der unterschiedlichen gesellschaftstheoretischen und sozialwissenschaftlichen Theorien gewichtet. Im Gegenwartskapitalismus, so wird etwa konstatiert, seien

die Realisierungschancen einer ökologischen »großen Transformation« mehr als nüchtern einzuschätzen (Kaven 2022), sei von der Fortdauer einer »nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit« (Blühdorn u.a. 2020) auszugehen oder stelle die Bewältigung absehbarer Zielkonflikte bei der gleichzeitigen Bewahrung von Kapitalismus, Demokratie und ökologischen Lebensgrundlagen eine kaum zu bewältigende Aufgabe dar (Neckel 2023).

Die Liste der transformativen Vorbehalte reicht bis in die 1980er Jahre zurück. Bereits 1986 hat Niklas Luhmann systemtheoretisch begründete Zweifel an der Fähigkeit moderner Gesellschaften nahegelegt, sich auf die ökologische Herausforderung einstellen zu können (Luhmann 1986). Die Systeme der Gesellschaft wie die Gesellschaft insgesamt, so sein Argument, werden durch jeweils eigene Codes und Programme gesteuert und können sich auch (nur) über diese eigenständig, also autopoietisch, reproduzieren. Die Gesellschaft kann daher auf ökologische Gefährdungen nur in der funktionalen Logik ihrer Teilsysteme (Wirtschaft, Wissenschaft, Politik usw.) reagieren. Die Probleme, die im Interesse der systemnotwendigen Differenz zwischen System und Umwelt zu lösen sind, müssen jedoch »in die Sprache der Funktionssysteme« übersetzt werden (ebd.: 220). Geschieht das nicht, erzeugen die Gefährdungen keine Resonanz, sondern lediglich »Irritationen, Störungen oder Ausweichthemen« (ebd.: 65); geschieht es aber, werden die externen Impulse vermutlich zu wenig oder zu viel Resonanz im System erzeugen. In beiden Fällen genügen die Reaktionen vielleicht der Funktionslogik der empfangenden Systeme, bewirken aber vermutlich keine Systemreaktionen, die den ökologischen Gefährdungen angemessen wären.

Während Luhmann seine Argumentation auf der Ebene einer allgemeinen Theorie sozialer Systeme und damit gleichsam formationsunspezifisch als Theorie funktionaler Differenzierung konzipiert, kombinieren andere Theorieansätze system- und formationstheoretische Elemente. Dabei werden moderne Gesellschaften als kapitalistische analysiert, ohne die zeitgleiche Diagnose funktionaler Differenzierung aufzugeben. Mitunter wird einerseits der gesamtgesellschaftliche Primat der kapitalistischen Ökonomie anerkannt, zugleich aber der Blick auf den Eigensinn anderer sozialer Systeme der Gesellschaft geöffnet (etwa Schimank 2009). Auch Jens Beckert analysiert die vor der transformativen Herausforderung stehenden Gesellschaften als funktional differenzierte kapitalistische Gebilde und diagnostiziert aus dieser Perspektive diverse Hürden, die einer erfolgreichen Transformation im Wege stehen (Beckert 2024). Die immanente Wachstums- und Landnahmedynamik kapitalistischer Ökonomie sei mit einer internen Anreizstruktur verbunden, die sich dagegen sträube, die negativen Externalitäten der Naturverwertung in die Kosten der Unternehmen einzupreisen. Die Reintegration der Umweltschäden in die unternehmerischen Kostenrechnungen könnte über Bepreisung des Naturverbrauchs oder regulato-

rische Umweltauflagen geschehen. Da eine solche Internalisierung der negativen externen Effekte mit entsprechenden Kosten sowie der Beeinträchtigung von Profiten und Wachstumschancen verbunden ist, versuchen die Unternehmen, entsprechende Regulierungen zu verhindern, zu verzögern oder wenigstens zu verwässern, um ihre Gewinne nicht mit Umweltkosten zu belasten. Und da die Unternehmen in kapitalistischen Gesellschaften gegenüber der Politik über hohe strukturelle und instrumentelle Macht verfügen, tun sie dies mit entsprechenden Durchsetzungschancen. Aber auch die Staaten, die auf Zustimmung der Wahlbevölkerung angewiesen sind, die ihrerseits die Kosten von Umweltauflagen fürchten, täuschen eher Klimaschutzmaßnahmen vor, als dass sie die Zustimmung ihrer Wähler:innen riskieren. Zugleich meiden sie fällige Kompensationskosten für negative Externalitäten an die Länder des globalen Südens, um die eigenen Budgets nicht zu belasten. Schließlich versucht auch das Staatsvolk den Kosten von Umweltregulationsmaßnahmen zu entgehen und etablierte Konsumnormen aus der Zeit des hohen Wachstums zu stabilisieren. Doch dies behindere den notwendigen umweltzutraglichen Konsumverzicht. Aus diesen und weiteren Gründen fällt das Fazit eindeutig aus: »Die Macht- und Anreizstrukturen der kapitalistischen Moderne und ihre Steuerungsmechanismen blockieren eine Lösung des globalen Problems namens Klimawandel« (Beckert 2024: 13).

3. Transformationskonflikte als Orte der Entscheidung

Dieser kurze Blick auf unterschiedlich inspirierte Analysen mag genügen, um die These profunder sozialwissenschaftlicher Skepsis gegenüber einer gelingenden Transformation zu plausibilisieren. Der Pessimismus ist gut begründet. Die Hürden, die einer großen Transformation in Richtung einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise entgegenstehen, sind hoch. Ob und unter welchen Voraussetzungen die relevanten Akteure sie dennoch nehmen könnten, ist eine offene Frage. Sie kann mit den Mitteln der Soziologie nicht prospektiv beantwortet werden.

Aber diskutieren lässt sie sich soziologisch. Hilfreich könnten dabei regulations- und akteurstheoretisch fundierte Analysen kapitalistischer Transformationswechsel sein. Aus dieser Perspektive kommt machtbasierten Transformationskonflikten für Strukturbrüche im sozioökonomischen Entwicklungsmodell eine zentrale Bedeutung zu. Diese Konflikte bilden gleichsam die Orte, an denen transformationsrelevante Akteure in Macht- und Interessenkonflikten über die Entwicklungspfade der Gesellschaften entscheiden. Diese Konflikte unterscheiden sich entlang der sozialen und politischen Felder und werden

durch jeweils eigene Akteurskonstellationen, Logiken und Dynamiken geprägt (Urban 2019: 21 ff., 144 ff.). In Summe strukturieren sie die Konfliktfelder und -achsen, die über eine hinreichende Pfadrelevanz verfügen und daher den Lauf der Transformation zu beeinflussen in der Lage sind. Der Digitalisierung der Produktions- und Lebensweise sowie der Dekarbonisierung der ökonomischen Wertschöpfungsbasis kommt dabei eine besondere Bedeutung zu (Urban 2019).

Für eine Soziologie der Transformationskonflikte

Eine Soziologie der Transformationskonflikte steht noch am Anfang. In ersten Studien wurde etwa ein Übergang vom industriellen Klassen- zum ökologischen Gesellschaftskonflikt diagnostiziert, wobei die Verschränkung der sozialen mit der ökologischen Konfliktachse den Kern des gesellschaftlichen Transformationskonfliktes ausmacht (Dörre u.a. 2020; 2024). Ein weiterer Schritt könnte mit der Entwicklung einer Forschungsheuristik gelingen, mit der soziale Strukturen und Dynamiken transformativer Konflikte beschrieben und interpretiert werden können. Dabei müssen die Entwicklungen auf der Mikro- und Meso-Ebene in die Makro-Dynamiken kapitalistischer Kontexte eingebettet werden. Eine Heuristik, die ignorierte, dass die »ökonomische Zivilisation« (Gramsci 1998: 1826) des Finanzmarktkapitalismus auch die Konflikte auf betrieblicher oder Branchenebene prägt, bliebe defizitär.

Mit dem spieltheoretisch aufbereiteten und am politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus orientierten Konzept des »akteurzentrierten Institutionalismus« steht ein erprobtes Instrumentarium zur Verfügung, das sich im Sinne einer Soziologie der Transformationskonflikte ausbauen ließe. Renate Mayntz und Fritz Scharpf entwickelten diesen Ansatz in den 1990er Jahren zur Analyse der Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlicher Selbstorganisation und politischer Steuerung in staatsnahen Sektoren. Untersucht wurden etwa das Gesundheitswesen, diverse Forschungssysteme und der (damals noch staatsnahe) Telekommunikationssektor (Mayntz/Scharpf 1995c). Im Zentrum stand die Frage, welche Steuerungsoptionen staatlichen Apparaten gegenüber eigendynamischen oder zumindest eigensinnigen gesellschaftlichen Teilsystemen oder in pluralistischen Politiknetzwerken zur Verfügung stehen. Besonderes Interesse lag auf der Beobachtung der Interaktion von gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sowie auf den Spielräumen politischer Regulierung. Dabei handelt es sich beim akteurzentrierten Institutionalismus nicht um eine eigenständige Theorie, sondern um »eine Forschungsheuristik«, durch die »wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte der Wirklichkeit« gelenkt werden soll (Mayntz/Scharpf 1995a: 39). Angewandt auf die soziologische Bearbeitung von

Transformationskonflikten ließen diese sich als Akteurskonstellationen modellieren, in denen individuelle, komplexe oder korporative Akteure, die mit spezifischen Handlungsorientierungen und Fähigkeiten ausgestattet sind, über unterschiedliche Interaktionsformen und nach eigenen Interessen Probleme bearbeiten. Sie agieren dabei in spezifischen institutionellen Kontexten, wobei die Institutionen als abhängige wie auch als unabhängige Variablen betrachtet werden. Die institutionellen Faktoren bilden einen »stimulierenden, ermöglichenden oder auch restringierenden Handlungskontext« (Mayntz/Scharpf 1995a: 43; Herv. i. O.). Auch ökonomische Zwängen und Anreizstrukturen sind zu diesen zu zählen. Sie strukturieren Handlungen der Akteure, determinieren sie aber nicht, denn letztlich entscheiden die Handlungsorientierungen der Akteure, welche der verbleibenden Spielräume wahrgenommen werden. Dabei kommen handlungsleitenden Interessen, Normen und Identitäten besondere Bedeutung zu. Als Standardinteressen, die es allerdings konstellationsspezifisch zu konkretisieren gilt, werden physisches Wohlergehen, Handlungsfreiheit und die Verfügung über wichtige Ressourcen angenommen, zu denen auch Macht, soziale Anerkennung und der Besitz einer gesicherten Domäne gehören, wobei bei korporativen Akteuren generell ein Interesse am eigenen Bestand, an Ressourcen und an Autonomie unterstellt wird. Normative Erwartungen sind dem institutionellen Kontext zuzurechnen. Vielfach werden sie als Werte oder Tugenden formuliert und richten sich an die Inhaber bestimmter sozialer Positionen, wobei normbestimmtes und identitätsbestimmtes Handeln zusammenfallen können. Dennoch kann die Bewahrung oder Bestätigung der eigenen Identität einen wichtigen Bezugspunkt für die Wahl zwischen Handlungsoptionen darstellen. Schließlich sind in den jeweiligen Akteurskonstellationen spezifische Interaktionsorientierungen und -formen von besonderer Bedeutung. Bei Interaktionsorientierungen handelt es sich um typisierte Interpretationen der Beziehung zwischen mehreren Akteuren, die idealtypisch feindlich, kompetitiv, egoistisch-rational oder kooperativ ausfallen können. Die eigentlichen Interaktionen finden als Interaktionsformen statt, die Scharpf mit den Begriffen einseitiges Handeln, Verhandlung, Mehrheitsentscheidung und hierarchische Steuerung beschreibt (Scharpf 2000: 91).

Erste, rudimentäre Arbeiten aus einer akteurstheoretischen Perspektive liegen für Felder und Konfliktachsen einer arbeitskraftzentrierten Digitalisierungspolitik sowie einer ökosozialen Wirtschaftsdemokratie vor (Urban 2019: 130 ff., 183 ff.; Dörre 2021: 150 ff.). Eine systematische Analyse der digitalen oder ökologischen Transformationskonflikte mit Hilfe des Instrumentariums des akteurzentrierten Institutionalismus fehlt jedoch. Dabei könnte gerade der hohe Stellenwert, der der politikfeldübergreifenden Interaktion von individuellen und kollektiven Akteuren zukommt, bei der Analyse sozialer Transformationskonflik-

te ertragreich sein, da diese nicht selten von Konflikt- und Entscheidungsstrukturen durchzogen sind, in denen zivilgesellschaftliche und politische Akteure (Gewerkschaften, Kapitalverbände, Ministerien und so weiter) aufeinandertreffen. Gleichwohl wären theoretische Anpassungen an die Transformationsproblematik notwendig. So müsste etwa die Dimension der Kämpfe um hegemoniale Führung in sozialen Transformationskonflikten stärker ausbuchstabiert werden, als dies im Konzept des akteurszentrierten Institutionalismus geschieht. Zwar fragt dieses danach, wie Interessen, individuelle Werten und soziale Normen in Handlungsorientierungen eingehen (Mayntz/Scharpf 1995a: 52 ff.). Auch die Wechselwirkungen von Interessenlagen und Wertorientierungen in spezifischen Akteurskonstellationen werden thematisiert. Doch wie sich kollektive (etwa verteilungspolitische Klassen-)Interessen in gesellschaftliche Narrative übersetzen und diese sich in Rechtfertigungsregimen mit normativer Kraft Geltung verschaffen, bleibt als Frage ausgespart.

Probleme dieser Art können auch im vorliegenden Beitrag nicht verhandelt werden. Bereits die Anwendung der Grundkategorien – die Bestimmung von Akteuren, Akteurskonstellationen und Interaktionsformen in spezifischen Transformationskonflikten – erfordert eine elaborierte Empirie des jeweiligen Konfliktes und seines sozioökonomischen Kontextes. An dieser Stelle soll lediglich für den akteurszentrierte Institutionalismus als einer soziologischen Heuristik geworben werden, die auf eine Soziologie der Transformationskonflikte zuzuschneiden und zu erproben wäre.

4. Grüner *Stakeholder*-Kapitalismus – hegemoniales Leitbild oder ideologisches Strohfeuer?

Doch zurück zur Debatte um hegemoniale Leitbilder und Rechtfertigungsregimes. Die von Brand diagnostizierte Radikalisierung der Nachhaltigkeitsvorstellungen und -politiken lässt sich sicherlich für Teile der akademischen Debatte konstatieren.

4.1 Ein Leitbild auf dem Weg zur Hegemonie?

Für die gesellschaftlichen Diskurse gilt dies nicht in gleichem Maße. Hier dominieren bis ins linksreformerische Lager die Versuche, Kapitalismus, Wachstum und Nachhaltigkeit zu versöhnen. So wendet sich Mariana Mazzucato gegen eine »falsche Dichotomie zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und ökolo-

gischer Nachhaltigkeit« (Mazzucato 2024: 49). Sie entwirft ein marktkompatibles »grünes Wachstumsnarrativ«, in dem vor allem der Staat als Investor einer angebotsorientierten Innovations- und Infrastrukturpolitik in die Bereiche vordringt, die aufgrund hoher Risiken oder mangelnder Profitperspektiven von Privatunternehmen gemieden werden (Staat als »investor of first resort«). Über die Konditionierung sozialer und ökologischer Investitionen gelte es, die Unternehmen auf grüne Innovationen sowie bessere Arbeitsbedingungen und Löhne zu verpflichten und so einen »wirtschaftsweiten Wachstumsmultiplikator« zu schaffen (Mazzucato 2024: 51). Einen Schritt weiter geht Larry Fink, CEO des weltweit größten Vermögensverwalters BlackRock, mit seiner Skizze eines »grünen *Stakeholder*-Kapitalismus«. In einem Anschreiben an die Unternehmen, in die BlackRock investiert hat, profiliert er Nachhaltigkeit als exklusives Investitionsfeld und orientiert auf eine entsprechende Umleitung transnationaler Kapitalströme:

»Ein wirksamer Stakeholder-Kapitalismus ermöglicht eine optimale Kapitalverwendung, dauerhaft rentable Unternehmen sowie eine langfristige Schaffung von Werten und deren Erhalt. (...) Die nächsten 1.000 »Einhörner« werden weder Suchmaschinen noch Social-Media-Unternehmen sein, sondern nachhaltige, anpassungsfähige Innovatoren: Start-ups, die Lösungen für den Verzicht auf fossile Brennstoffe entwickeln und die Energiewende für alle erschwinglich machen« (Fink 2022).

Und um Zweifel an der Systemkompatibilität seiner Idee zu zerstreuen, fügte er hinzu: »Wir haben Nachhaltigkeit ins Zentrum unseres Handelns gerückt. Nicht etwa, weil wir Umweltschützer, sondern weil wir Kapitalisten und Treuhänder unserer Kunden sind« (ebd.).

Die Stimme eines *investment leader* vom Zuschnitt Finks blieb auf den globalen Finanzmärkten nicht ungehört. Seine und ähnliche Voten zogen einen Investitions-Boom in »grüne« Industrien und Technologien nach sich.

»Pricewaterhouse Coopers estimates that U.S. assets under management that include ESG considerations will rise from \$ 4.5 trillion to \$ 10.5 trillion between 2021 and 2026. Bloomberg Intelligence reported that global ESG investments exceeded \$ 40 trillion in 2022 and predicted they will reach over \$ 50 trillion by 2025« (Flacks/Norman 2023).

Um das Leitbild des grünen *Stakeholder*-Kapitalismus auf der Unternehmensebene zu operationalisieren und getrieben durch den »*European Green Deal*« (Europäische Kommission 2019) wurde ein komplexes Regulierungs- und *Reporting*-Regime entwickelt, das die Unternehmen auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit verpflichten soll. Den Rahmen setzten die ESG-Kriterien (»*Environment, Social, Governance*«). Sie definieren Umwelt, Soziales sowie die Führungs- und Aufsichtsstrukturen eines Unternehmens als Nachhaltigkeitsbereiche, in denen den nichtfinanziellen Berichtsverpflichtungen eine hohe Bedeutung zukommen sollen (Krause/von Hesberg 2023).

4.2 Europäische Reporting-Regimes

Zweck der *Reporting*-Regeln zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen ist es, Transparenz über die nachhaltigkeitsbezogenen Risiken und Chancen, aber auch über die Auswirkungen eines Unternehmens auf Menschen und Umwelt herzustellen. Diese Informationen sollen insbesondere Finanzmarktakteuren die Grundlage bieten, die Nachhaltigkeit ihrer Portfolios messen und nachhaltigere Anlageentscheidungen treffen zu können. Seit dem Geschäftsjahr 2017 sind in Deutschland rund 500 große, kapitalmarktorientierte Unternehmen sowie Banken und Versicherungen dazu verpflichtet, die von ihnen verfolgten Konzepte, Risiken und Leistungsindikatoren in Bezug auf Umwelt, Arbeitnehmerbelange, soziale Belange, Menschenrechte und Korruption darzulegen, sofern diese als wesentlich erachtet werden. Die rechtliche Grundlage dafür bildete die europäische CSR-Richtlinie (2014/95/EU, *Non-financial Reporting Directive*) und deren nationale Umsetzung über das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG), wobei CSR für *Corporate Social Responsibility* steht. Mit der im Jahr 2022 verabschiedeten Richtlinie *Corporate Sustainability Reporting Directive* (CSRD, 2022/2464/EU), also der Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung, wurde die *Non-financial Reporting Directive* novelliert und ihr Anwendungsbereich deutlich erweitert. Mit der Neufassung sollen Nachhaltigkeitsinformationen den gleichen Stellenwert wie Finanzinformationen eines Unternehmens erhalten. Die neuen Anforderungen gelten zunächst für die Unternehmen, die bisher schon berichtspflichtig waren. Die Berichtspflicht wird darüber hinaus phasenweise auf alle bilanzrechtlich großen Unternehmen sowie alle börsennotierten Unternehmen ausgeweitet (ausgenommen sind börsennotierte Kleinstunternehmen). Ab wann ein Unternehmen als groß gilt, wird in der EU-Bilanzrichtlinie anhand von Schwellenwerten zur Bilanzsumme, den Umsatzerlösen und der Beschäftigtenzahl definiert. Die CSRD, die am 5. Januar 2023 in Kraft trat, soll damit einen einheitlichen Rahmen für die Berichterstattung über nicht-finanzielle Unternehmen, die in der Europäischen Union tätig sind, schaffen.¹

Die konkreten Berichtsanforderungen werden in Nachhaltigkeitsberichtsstandards definiert, den sogenannten *European Sustainability Reporting Standards*

¹ Durch das »CSRD-Umsetzungsgesetz« sollte die CSRD bis spätestens Juli 2024 in deutsches Recht umgesetzt werden (Audit Committee Institut 2024). Auf Grund regierungsinterner Konflikte und dem darauffolgenden Bruch der Ampel-Koalition konnte das Gesetz in der entsprechenden Legislatur nicht verabschiedet werden. Bis zur Umsetzung gilt keine Verpflichtung zur Anwendung der CSRD sowie der *European Sustainability Reporting Standards* (ESRS). Bis zum Ende der Arbeit am Manuskript im Mai 2025 wartet die Richtlinie auf ihre Umsetzung in deutsches Recht. Weitere Ausführungen dazu siehe unten.

(ESRS). Diese hat die Europäische Kommission im Juli 2023 als delegierten Rechtsakt verabschiedet. Während die CSRD die Anforderungen vorgibt, definieren die ESRS den Inhalt der neuen Offenlegungspflichten. Die ESRS trat schrittweise ab 2024 in Kraft – und mit ihnen das Prinzip der »doppelten Wesentlichkeit«. Diese Prinzipien liefern Kriterien für die Entscheidung, ob ein Aspekt in den Nachhaltigkeitsbericht eines Unternehmens aufgenommen werden muss. Die doppelte Wesentlichkeitsanalyse veranlasst Unternehmen dazu, Nachhaltigkeit aus zwei verschiedenen Perspektiven zu betrachten:

- Die *financial materiality* (»finanzielle Wesentlichkeit«) impliziert eine *outside-in-Perspektive*. Unternehmen müssen alle externen Nachhaltigkeitsauswirkungen berücksichtigen, die sich intern auf ihre künftige Rentabilität auswirken könnten. Dies geschieht, da externe Nachhaltigkeitsfaktoren wie die ökologische Vielfalt und die globale Erwärmung langfristig auf den *cashflow* und damit auf die Rentabilität und ökonomische Substanz eines Unternehmens einwirken.
- Die *impact materiality*, auch bekannt als »Umwelt- und soziale Wesentlichkeit«, impliziert eine *inside-out-Perspektive*. Die Unternehmen müssen die externen Auswirkungen ihrer Tätigkeit berücksichtigen, einschließlich der Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt. Dazu gehören ihr Beitrag zur Luft- und Wasserverschmutzung oder ihre Emissionen von Treibhausgasen, die zu den globalen Klimarisiken beitragen.

Die neuen Regeln und Standards zum unternehmerischen Nachhaltigkeits-Reporting konkretisieren damit das Leitbild des grünen *Stakeholder*-Kapitalismus entsprechend der ökologischen Kehrtwende der Europäischen Union (*Green Deal*) für die Unternehmensebene.² Die *Reporting*-Regeln und die doppelte Wesentlichkeitsanalyse generieren für die Unternehmensvorstände eine komplexe Anforderungskulisse (Senge/Dabrowski 2024; Zimmermann 2024). Auch die Beschäftigtenvertretungen erhalten einen zusätzlichen Auftrag, da zur Interessenvertretung der Arbeit, die der Natur hinzutritt. Zweifelsohne stellen die neuen Nachhaltigkeits- und Berichtslinien im Vergleich zu vorherigen Regulierungen einen relativ tiefen Eingriff in die private Unternehmensführung dar. Sie intendieren eine Art soziale und ökologische Zivilisierung der kapitalistischen Unternehmen durch eine ausdefinierte Sorgfaltspflicht, die über den klassischen Weg der Unternehmensprüfung Wirksamkeit erzeugen soll. Für die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung beinhalten die ESG-Regeln und

² Siehe <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/CSR-Allgemein/CSR-Politik/CSR-in-der-EU/CorporateSustainability-Reporting-Directive/corporate-sustainability-reporting-directive-art.html>, Zugriff 14.05.2024

ihre Operationalisierung durch die CSRD neue Möglichkeiten, aber auch neue Anforderungen. Diese gelten für eine koordinierte und abgestimmte Kooperation zwischen Betriebsrät:innen, Aufsichtsrät:innen und Gewerkschaften (Scholz 2023). Akteurskonstellation dieser Art aufzuarbeiten und die Möglichkeiten zur Schaffung von Interessenvertretungs-Netzwerken auszuleuchten, wird Aufgabe betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenpolitik sein müssen, und sollte von einer interessierten Soziologie begleitet werden.

Reichweite und Wirksamkeit der neuen Handlungsoptionen sind relevant, sollten allerdings auch nicht überschätzt werden. Sie korrigieren die Macht- und Informationsasymmetrie zwischen Unternehmensführungen und Interessenvertretungen nicht grundlegend; den neuen Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten fehlt es an Reichweite und Sanktionskraft und traditionelle Probleme transnationaler Interessenvertretung entlang von Lieferketten (fehlende Ressourcen, intransparent Mitbestimmungs- oder Einflussregeln, Sprachprobleme und so weiter) bestehen fort. Die neuen Regulierungen geben der betrieblichen Wachstums- und Renditeorientierung eine sozial- und ökologiesensiblere Form, lassen sie aber letztlich unberührt. Sie wollen soziale und ökologische Eskalationen vermeiden, erzwingen aber in den Unternehmen letztlich keine verbindliche Hinwendung zu umweltverträglichen und gebrauchswertorientierten Produktionsverfahren, Lieferketten und Produkten.

4.3 ESG-backlash?

Das von Fink ausformulierte Zielbild des grünen *Stakeholder*-Kapitalismus blieb unter den Akteuren des Finanzsektors in hohem Maße umstritten und mit Blick auf milliardenschwere Investitionsströme umkämpft. Die ESG-Standards, die Nachhaltigkeits-Reportings und letztlich das gesamte Leitbild des grünen *Stakeholder*-Kapitalismus sieht sich heftiger Kritik ausgesetzt. Ob der grüne *Stakeholder*-Kapitalismus die Kraft zu einem dauerhaft hegemonialen Zielbild hat oder ob er sich als finanzpolitisches Strohfeuer erweisen wird, bleibt abzuwarten. Insbesondere im US-amerikanischen Finanzmarkt hat sich eine ESG-backlash-Bewegung entwickelt, die sehr grundlegend die Nachhaltigkeitsökonomie als Investmentfeld infrage stellt. Gegenwärtig scheint sich der Konflikt um die ESG-Taxonomie als Konflikt zwischen dem US-amerikanischen und dem europäischen Finanzmarkt abzuspielen.

»In 2023, at least 165 anti-ESG bills have been introduced across 37 U.S. states, many seeking to prohibit state agencies from doing business with firms that screen out industries they seek to protect—such as fossil fuels in Texas—or mandating that asset managers for state funds de-prioritize ESG criteria in making investment decisions« (Flacks/Norman 2023).

Initiativen dieser Art bleiben nicht ohne Wirkung. So hatten nachhaltige Investmentfonds im vierten Quartal 2023 zum ersten Mal in ihrer Geschichte Nettomittelabflüsse in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar hinzunehmen. Die Abflüsse wurden vorrangig in den USA (minus fünf Milliarden US-Dollar) verzeichnet, während in Europa nach wie vor Zuflüsse von immerhin 3,3 Milliarden US-Dollar zu Buche stehen.³ In der EU war eine solche Entwicklung lange nicht zu beobachten. Der Stellenwert der ESG-Kriterien schien sich zum Gegenstand des Wettkampfes zwischen dem amerikanischen und europäischen Finanzmarkt zu entwickeln. Er wurde als Kulturkampf auf den Finanzmärkten inszeniert, verbarg jedoch den Konflikt zwischen den Giganten der traditionellen *carbon*-Industrie und den Sektoren der Produktions- und Finanzökonomie, die die marktförmige und insgesamt systemkompatible Hinwendung zu einer kapitalistischen Nachhaltigkeitsökonomie als Chance für die Schaffung neuer lukrativer Märkte sahen.

Doch auch in Europa änderten sich die Dinge. Ausgangspunkt des europäischen ESG-backlash waren die ideologischen wie lobbygetriebenen Widerstände in einer Reihe von Mitgliedstaaten gegen die Umsetzung der CSR- sowie der CSDDD-Richtlinie (»Europäische Lieferkettenrichtlinie«) in nationales Recht. Im Laufe des Jahres 2024 gerieten die *Reporting*- und Sorgfaltspflichten der Unternehmen sowie ihre Umsetzung auch in Deutschland zunehmend unter Druck und boten Anlässe für heftige Konflikte innerhalb der 2021 gewählten Ampel-Koalition aus SPD, FDP und BÜNDNIS 90/Die Grünen. Diese konnten bis zum Bruch der Koalition (November 2024) nicht aufgelöst werden, was dazu führte, dass trotz Vertragsverletzungsverfahren der EU auf Grund verstrichener Umsetzungsfristen der CSRD bis dato nicht in deutsches Recht umgesetzt wurde. Insbesondere der Druck aus den Unternehmensverbänden, aus den Mitgliedstaaten, die mit der »grüneren« Ausrichtung der EU grundsätzlich unzufrieden waren, und aus den durch die Wahlen zum Europäischen Parlament (2024) gestärkten konservativen, rechten und rechtsextremen Fraktionen führte zu einer Kehrtwende der EU-Kommission in ihren Ambitionen der europäischen ESG-Gesetzgebung. Erste Auswirkung war die Ankündigung der sogenannten »Omnibus-Pakete« durch die Europäische Kommission im Februar 2025. Die Verordnung soll laut EU-Kommission zu einer »weitreichenden Vereinfachung«⁴ unter anderem durch eine Harmonisierung der Rechtsrahmen der CSRD, der CSDDD sowie der EU-Taxonomie-Verordnung (2020/852) führen. Gewerkschaften und Umweltverbände befürchten hinter dem Vorhaben nicht nur das Ziel der Harmonisierung, sondern auch der substanziellen Abschwächung und Streichung wesentlicher In-

³ Siehe <https://www.pr-journal.de/nachrichten/unternehmen/31711-nachhaltigkeit-unter-druck-wie-umgehen-mit-dem-esg-backlash.html>, Zugriff 14.05.2025.

⁴ Siehe https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_614, Zugriff 14.05.2025.

halte der Europäischen Berichts- und Sorgfaltspflichten.⁵ Im April 2025 stimmte der Europäische Rat dem sogenannten »Stop-the-Clock«-Teil des Pakets zu, der die Pflichten für weitere Unternehmen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD um zwei Jahre verschob.⁶

5. Dekarbonisierung der Industrie und das Paradox gewerkschaftlicher Transformationspolitik

Die Umbrüche in den Betrieben, Branchen und Sektoren, aber auch in den Formen der politischen Regulation erzeugen für die Gewerkschaften ein äußerst schwieriges Terrain. Eine Organisation wie die IG Metall bezieht ihre Organisationsmacht vor allem aus den Sektoren des Fahrzeugbaus, des Maschinenbaus sowie der Stahlindustrie. Dort befinden sich mit Blick auf Organisationsgrade und Mobilisierungsfähigkeit ihre Hochburgen. Doch die Fahrzeug- und die Stahlindustrie gehören zu den Industriebranchen, auf denen wegen ihres direkten und indirekten CO₂-Ausstoßes ein besonderer Dekarbonisierungsdruck lastet.

Die Umstellung der Automobilindustrie vom Verbrenner auf batterieelektrische Antriebstechnologien und die Substitution der kohlebasierten Hochofenroute durch wasserstoffbasierte Direktreduktionsverfahren erfordert nicht nur eine grundlegende Transformation der Produktionsapparate mit allen ihren Folgeproblemen im Bereich der Beschaffung, Organisation, Logistik und Finanzierung. Die Transformation von Produkten, Produktionsverfahren und Arbeitsorganisation zeigt zugleich erhebliche Folgen für Arbeitsbedingungen, Sozialstandards und Beschäftigung. Die Beschäftigten haben mitunter eine umfassende Entwertung ihrer Qualifikationen zu vergegenwärtigen und unterliegen einem hohen Requalifizierungsdruck:

»Die Art der Beschäftigung in der automobilen Arbeitswelt ändert sich grundlegend, es besteht ein enormer Weiterbildungsbedarf und die Nachfrage nach Fachkräften wächst. (...) Gleichzeitig verändern sich viele Tätigkeiten oder Stellen fallen komplett weg: Knapp 760.000 Arbeitnehmer:innen müssen umlernen, für gut ein Drittel von ihnen ist der Umschulungs- und Qualifikationsbedarf hoch« (Agora Verkehrswende 2021: 4).

Vor allem aber sind die betrieblichen Umbrüche mit erheblichen Beschäftigungsrisiken verbunden. Optimistische Studien prognostizieren zwar nur geringe Aus-

⁵ Siehe <https://lieferkettengesetz.de/pressemitteilung/omnibus-verordnung-der-eu-kommission-initiative-lieferkettengesetz-warnt-vor-abbau-des-eu-green-deal/>, Zugriff 14.05.2025.

⁶ Siehe <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/corporate-sustainability/>, Zugriff 14.05.2025.

wirkungen der Transformation auf die Zahl an Arbeitsplätzen in der automobilen Arbeitswelt und halten tendenziell sogar ein leichtes Jobwachstum um etwa 25.000 zusätzliche Arbeitsplätze für möglich, »[h]inter diesem Saldo verbergen sich jedoch große Umbrüche. Vor allem in der klassischen Automobilindustrie wird es zu einem starken Beschäftigungsabbau kommen (-180.000 Jobs)« (ebd.).

5.1 Starke Hebelwirkung der Stahlindustrie

Eine ähnliches Risikoprofil lässt sich in der Stahlindustrie beobachten. Auch hier könnte die Transformation, etwa durch die Entwicklung eines Wasserstoffclusters in Deutschland, Impulse für Beschäftigung und zur Ökologisierung der Wirtschaft aussenden.⁷ Allein die wasserstoffbasierte Transformation der Primärstahlindustrie kann knapp acht Prozent zur Reduktion der deutschen Treibhausgasemissionen beitragen. Für die Erreichung der Klimaziele ist die potenzielle Hebelwirkung der Stahlindustrie erheblich. Die Primärstahlindustrie ist mit 380.000 Arbeitsplätzen zugleich ein wichtiger Beschäftigungsfaktor. Über 64.000 Menschen sind direkt in der Primärstahlindustrie beschäftigt, etwa 230.000 Beschäftigte bei Zulieferern und Dienstleistern und knapp 84.000 über induzierte Effekte. Berücksichtigt man die Bedeutung der gesamten Stahlindustrie als Vorleisterin für Wertschöpfungsketten in vielen Industriezweigen, so hat sie Auswirkungen auf ca. fünf Millionen Beschäftigte. Da die Beschäftigung in der Stahlindustrie vorwiegend in strukturschwachen Regionen in Deutschland angesiedelt ist, besitzt eine erfolgreiche Transformation auch eine strukturpolitische Komponente.

Zugleich sind auch in der Stahlindustrie die Beschäftigungs- und Einkommensrisiken enorm. Bleiben öffentliche Unterstützungen in Milliardenhöhe aus, können die exorbitanten Kosten des Technologiewechsels die Unternehmen, auch größere Konzerne, schnell überfordern. Betriebswirtschaftlich vollzieht sich die Dekarbonisierung als externer Schock, als Prozess der politisch induzierten Entwertung des technischen Produktionsapparates und damit des unternehmerischen Kapitalstocks – mit den entsprechenden wirtschaftlichen Risiken. Das Überleben der deutschen Stahlindustrie und ihre Konkurrenzfähigkeit mit den Konzernen anderer Weltregionen, insbesondere China und Indien, ist aber keineswegs gesichert. Die Kosten des neu aufzubauenden Produktionsapparates, der Verlust von Marktpositionen oder gar die Insolvenz der Unternehmen können entsprechende Auswirkungen auf Beschäftigung und Einkommen und damit die gewerkschaftliche Mitgliedschaft haben. Auch Unternehmensstrategien, die

⁷ Zu den folgenden Ausführungen siehe Küster Simic u. a. 2023.

lediglich Teile der neuen Wertschöpfung an den alten Standorten ansiedeln und vor- und nachgelagerte Betriebsfunktionen aufgrund entsprechender *make-or-buy*-Kalkulationen outsourcen, wären mit negativen Folgen für Belegschaften und Gewerkschaften verbunden.

Mit Blick auf die Dekarbonisierung der Industrie spielt die Stahlindustrie als Vorlieferantin der Sektoren eine wichtige Rolle, die in der Transformation entweder besonders unter Druck stehen (etwa die Fahrzeug- und Automobilindustrie) oder die in einer nachhaltigeren Ökonomie sogar eine Wachstumsperspektive haben sollten (öffentlicher Personen- und Warenverkehr, Windenergie und so weiter). Da auch Kunden (etwa in der Automobilindustrie) den ökologischen Fußabdruck ihrer Produkte rechtfertigen und senken müssen, werden die Märkte für grauen Stahl (Stahl, der mit hoher CO₂-Emission produziert wird) absehbar schrumpfen, die für grünen Stahl (Stahl, der mit stark reduzierten CO₂-Emissionen produziert wird) expandieren. Technologisch ist die Umstellung der Stahlproduktion möglich. Sie kann über den Wechsel der kokskohlebasierten Hochofenroute zu wasserstoffbasierten Direktreduktionsverfahren und den Einsatz von Elektro-Öfen vollzogen werden (Küster Simic u.a. 2023). Dabei wird die Geschwindigkeit der betrieblichen Umstellung auf die neuen Produktionsverfahren und Produkte eine große Rolle spielen. Auf die ersten Anbieter von emissionsarmem Stahl warten sogenannte Grün-Stahl-Prämien (*first mover advantage*). Doch der zeitbezogene Wettbewerbsvorsprung und die mit ihm verbundenen Prämien halten nur so lange an, bis die Übernachfrage nach grünem Stahl durch weitere Anbieter bedient werden kann und die angebotene Menge das Angebot deckt.

5.2 Erosion gewerkschaftlicher Macht und paradoxe Handlungskonstellationen

Die deutschen Gewerkschaften haben sich nach kontroversen internen Debatten eine Positionierung in der Ökologiedebatte erarbeitet. Die Beförderung der ökologischen Transformation ist zum Ziel gewerkschaftlicher Politik avanciert. Die De-Karbonisierung der Stahl- und Automobilproduktion und eine ökologische Mobilitätswende sind Ziele ihrer Politik. Forderungen und Vorschläge zur Zukunft der einzelnen Branchen werden etwa zu einer ökologischen Verkehrs- und Mobilitätswende integriert. Neben der Umstellung der Verbrenner-Antriebe auf batterieelektrische Antriebstechnologien werden Vorschläge zur Vermeidung, zur digitalen Vernetzung und zur Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene sowie Empfehlungen für die einschlägigen Politikfelder (etwa Branchen-, Struktur-, Tarif-, Unternehmens- und Betriebspolitik) präsentiert (IG Metall Vorstand 2023).

Bekanntermaßen machen den Gewerkschaften aber neben der ökologischen Transformation weitere Folgen des kapitalistischen Formationswechsels zu schaffen. Die Macht- und Verhandlungsposition, die die Gewerkschaften aus der wohlfahrtsstaatlichen Phase des deutschen Kapitalismus mitbringen, wird im heutigen Finanzmarktkapitalismus durch mehrere Dynamiken infrage gestellt. So wurde ein Zusammenhang zwischen der steigenden Finanzialisierung der Ökonomie und abnehmender gewerkschaftlichen Organisationsmacht nachgewiesen. Zwar variiert die Stärke dieses Zusammenhangs zwischen dem liberalen und dem koordinierten Marktmodell. Doch finanzialisierungsgetriebene Probleme der Gewerkschaften werden variantenübergreifend deutlich (Kollmeyer/Peters 2019). Hinzu kommt der Technologiesprung, der im Kontext von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz diskutiert wird (Carstensen u.a. 2024). Auch in den Sektoren der industriellen Wertschöpfung greifen die ökologische und die digitale Transformation ineinander, wobei sich die Auswirkungen auf Beschäftigung, Entgelte und Arbeitsbedingungen nach Branchen und betrieblichen Konstellationen erheblich unterscheiden. Eng damit verbunden und gerade für Industriegewerkschaften bedeutsam ist der vor allem in sozialwissenschaftlichen Modernisierungstheorien breit rezipierte sozioökonomische Strukturwandel, der als Tertiärisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gefasst wird. Der Rückgang unmittelbarer Fertigungs- und Produktionstätigkeiten und das Wachstum indirekter Tätigkeiten und Funktionen lässt sich für die industriellen Sektoren wie für den volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess insgesamt nachweisen.

Diese (und andere) Dynamiken durchkreuzen das System gewerkschaftlicher Macht und potenzieren das Risikopotenzial der ökologischen Transformation. Durch die absehbaren Umbrüche in den Unternehmen werden in der Automobil- und Stahlindustrie tariflich regulierte, will sagen: in der Regel überdurchschnittlich entlohnte und mitbestimmte Arbeitsplätze und (in der Regel) organisierte Beschäftigte verschwinden. Damit verliert die IG Metall an betrieblicher Verankerung und Organisationsmacht. Zwar entstehen mit den neuen Beschäftigungs- und Qualifikationsrisiken auch neue Felder gewerkschaftlicher Interessenpolitik; und erfolgreiche *Organizing*-Projekte in den neu entstehenden Sektoren könnten zur Stabilisierung der Mitgliedschaft beitragen. Doch die zunehmenden Beschäftigungsrisiken schwächen die Verhandlungsposition von Betriebsräten und Gewerkschaften. Und zugleich versperren ihnen unzureichende Mitbestimmungsrechte wirksame Einflussnahmen auf die Entscheidungen in den Unternehmen. Grosso modo verfestigt die ökologische Konstellation die gewerkschaftliche Defensive eher, als dass sie Revitalisierungspotenziale bereithielte.

Bei rationaler Betrachtung scheint es daher eher paradox, dass sich die Gewerkschaften positiv auf einen Prozess beziehen, der das Risiko umfassender In-

teressenverletzungen von Mitgliedschaft und Organisation so deutlich erhöht. Den Beschäftigten drohen Arbeitsplatz- und Einkommensverluste und der IG Metall Einbußen bei Organisations- und damit Verhandlungsmacht. Die in den Belegschaften insbesondere im Produktionsbereich wachsenden Vorbehalte, etwa gegenüber dem Übergang vom Verbrenner-Motor zur batterie-elektrischen Antrieben, finden hier ihre Grundlage (Dörre u.a. 2024). Sich in Distanz oder gar in Opposition zu diesen Bedenken zu positionieren, kann mit Vertrauensverlusten in der gewerkschaftlichen Basis und mit Verlusten an finanziellen Ressourcen einhergehen. Eine positiv-treibende Positionierung der Gewerkschaften gegenüber dieser Konfliktlage ist umfassend begründungsbedürftig.

Die Gewerkschaften (wie auch andere Akteure, deren Politikmodelle so eng mit dem fossilen Wachstumsmodell verschränkt sind) befinden sich in einer widersprüchlichen Problemsituation. Für sie ist die Bewältigung des darin enthaltenen Paradoxes die zentrale Herausforderung der politischen Strategiebildung (Urban 2022a und b). Als produktiv für eine erfolgreiche Paradox-Bearbeitung erweist sich ein Interessenverständnis, das an dem Befund der Verschränkung sozialer Klassenkonflikte mit diversen ökologischen Transformationskonflikten ansetzt. So entsteht ein Problem- und Konfliktknäuel, das durch eine isolierte soziale oder ökologische Krisenpolitik nicht erfolgreich bearbeitet werden kann. Ob der traditionelle soziale Klassenkonflikt tatsächlich durch den ökologischen Gesellschaftskonflikt abgelöst wird (Dörre u.a. 2020) oder ob die Transformation ein spezifisches sozioökonomisches Milieu generiert, in dem sich soziale und ökologische Klassenkonflikte verschränken, wäre zu diskutieren. In jeden Fall gilt die Beobachtung, dass sich im sozialen Feld der Betriebe im Transformationsprozess nicht nur die Anzahl der Konflikte, sondern auch ihre Spielregeln verändern, da neue Themen, Akteure und Akteurs-Konstellationen hinzutreten (Dörre u.a. 2024). Doch jenseits von Fragen einer adäquaten soziologischen Begriffsbildung kommt in dieser Konstellation eine widersprüchliche und durch unterschiedliche Zeitlogiken geprägte Interessenlage der abhängig Arbeitenden zum Ausdruck. Als Erdenbewohner:innen, als Mitglieder der Gattung Mensch, teilen Lohnabhängige ein generelles Überlebensinteresse an der globalen Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage; das erfordert ein Ende der verwertungsorientierten Übernutzung von Ressourcen und Senken. Doch als markt- oder gar als krisenvermittelter Prozess kann die Beendigung der Inwertsetzung der Natur schnell mit dem Ende der Verwertung der Arbeitskraft einhergehen. Und das hat unter kapitalistischen Verhältnissen den Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen sowie die Abhängigkeit von (im Finanzmarktkapitalismus stets fragilen) staatlichen Lohnersatzleistungen zur Folge. In der kurzen Frist kann also das sozialpolitisch begründete Beschäftigungsinteresse mit dem mittel- und langfristigen ökologischen Überlebensinteresse der Gattung kollidieren. Im

Zeitalter des »Kapitalozän« (Elmar Altvater), in dem die grenzenlose Kapitalakkumulation die Grenzen planetarischer Leistungsfähigkeit zu überschreiten droht, verschränken sich für die abhängig Arbeitenden die sozialen Risiken der Lohnarbeitsexistenz mit dem Risiko der kapitalistischen Naturzerstörung.

Grundlage für eine öko-soziale Klassenpolitik sollte daher eine Perspektive sein, die von einem doppelten Risikoprofil abhängig Arbeitender in der Transformation ausgeht. Hier lohnt ein Blick in die Debatten der »environmental labour studies« oder in die Literatur zur »working-class ecology« (dazu die Beiträge in Rätzkel u.a. 2021). Da Arbeit im Kern als ein Prozess der Aneignung und Umwandlung von Natur begriffen wird, so eine Basisprämisse des Ansatzes, agieren Gewerkschaften zwangsläufig an der Schnittstelle von Ökonomie und Ökologie. Diese Stellung ist mit spezifischen Zwängen, aber auch mit besonderen Handlungsoptionen verbunden. Sie rückt mögliche Beiträge der Arbeitspolitik zu einer naturverträglichen Produktion sowie die Chancen auf eine nachhaltigkeitspolitische Kooperation von Gewerkschaften und Umweltbewegung in den Blick. Eine solche Interessendefinition öffnet neue Strategieoptionen für die Gewerkschaften. Auch wenn sich das Zielbild des grünen *Stakeholder*-Kapitalismus den benannten Gegenkräften ausgesetzt sieht, kann davon ausgegangen werden, dass die Dekarbonisierung der Ökonomie als Grundtrend nicht aufzuhalten ist. Die Selbstverpflichtung der Staaten im »Pariser Klimaschutzabkommen« von 2015, die Weichenstellung des *European Green Deal*, die verschärften Klimaschutzziele der deutschen Regierung, aber auch das rationale Überlebensinteresse der globalen Staatengemeinschaft erzwingen eine Reduzierung der Treibhausgasausstöße, zumindest bis unterhalb der Katastrophengrenze. Die ESG-Regeln, die *Reporting*-Regimes und die Einsichten der öffentlichen Meinungen – wie unzulänglich sie auch sein mögen – lassen sich nicht einfach auf null zurücksetzen. Der Kampf um *benefits and costs* der Transformation wird härter werden. Aber dass ökologische Nachhaltigkeit längst zur Voraussetzung für ökonomische Nachhaltigkeit geworden ist, wird als Parameter aus kapitalistischen Unternehmen und Märkten nicht zurückzuholen sein. Ob dies schnell genug geschieht, ist offen. Aber die ökologische Transformation wird die zentrale Kontextbedingung gewerkschaftlicher Politik bleiben und die Gewerkschaften werden sich strategisch weiter daran abzuarbeiten haben – trotz aller Risiken für Mitgliedschaft und Organisationsmacht.

6. Ausblick: politische Transformationsallianzen und soziologische Möglichkeitsforschung

Kein Zweifel: Da die Transformation des gesellschaftlichen Produktionsmodells im Zentrum einer erfolgreichen Strategie stehen muss, kommt den Belegschaften und ihren Interessenvertretungen (nicht nur) in der *carbon*-Industrie, also Betriebs- und Personalräten sowie den Gewerkschaften, besondere Bedeutung zu. Die Ausgangssituation ist ambivalent und fragil. Trotz Erwartungen in der Mitgliedschaft, die Rolle eines Veto-Spielers gegenüber den betrieblichen Umbrüchen zu übernehmen, haben sich die deutschen Gewerkschaften grosso modo das Selbstverständnis als Transformations-Treiber erarbeitet. Eines Treibers, der gleichwohl vor allem die sozialen Reproduktionsinteressen der abhängig Arbeitenden im transformativen Spiel zu halten hat (Urban 2019). Gleichwohl wären die Gewerkschaften für sich genommen mit der Aufgabe einer sozial regulierten Transformation heillos überfordert. Aus der Analyse der Hürden der Transformation sollte das Ensemble der Akteure abgeleitet werden, das in sozial-ökologische Transformationsallianzen einzubinden wäre.

- Da die Transformation funktionaler rechtlicher Rahmenbedingungen und umfassender Finanzressourcen bedarf, sind die Akteure der Legislative und der Exekutive gefordert. Sie müssen für entsprechende Gesetze und Haushalte zu sorgen. Das trifft in kritischen zivilgesellschaftlichen Milieus auf Vorbehalte. Doch auch diese Milieus müssen sich den Erfordernissen erfolgreicher Transformationspolitik stellen. Trotz der kapitalismustreuen Orientierungen der ökonomischen und politischen Eliten und trotz der Befunde zur Entfremdung zwischen Parteien und ihrem Elektorat – ein unreflektierter Anti-Etatismus und der Ausschluss politischer Parteien aus den politischen Transformationsallianzen würde zu kurz springen.
- Doch ein naives Staatsvertrauen wäre auch fehl am Platz. Kritische Analysen verweisen auf die Limitationen des kapitalistischen Staates im sozial-ökonomischen Reproduktionsprozess (Brand/Wissen 2024). Zugleich inkludieren neue Konzepte einer öko-sozialen Wirtschaftsdemokratie auch zivilgesellschaftliche Akteure, die etwa in regionalen Transformationsräten den betrieblichen Transformationsprozess mitprägen sollten (Urban 2019: 183 ff.; Dörre 2021: 134 ff.). Schließlich werden Bewegungen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft auch aus machtpolitischen Gründen gebraucht. Der Repräsentanz ökonomischer Interessen (nicht nur) der Karbon-Industrie in den politischen Arenen und den Zögerlichkeiten nach elektoralen Mehrheiten suchenden Parteien wird ohne gesellschaftlichen Gegendruck nicht beizukommen sein. Die Transformation, das scheint gewiss, wird oh-

ne eine durchdringende Demokratisierung von Wirtschaft und politischen Entscheidungsprozessen nicht gelingen.

- Eine realistische Hürden-Analyse und verbleibende Erkenntnisdefizite verweisen schließlich auf die Bedeutung der Transformationsforschung. Ihre Aufgaben sind umfangreich. Fragestellungen sowie Forschungsprogramme sollten ihrerseits Gegenstand wissenschaftlicher Diskurse sein. Offensichtlich sind jedoch Anforderungen an die Interdisziplinarität und Praxisorientierung. Da die Verflechtung von ökonomischen, sozialen und politischen, aber auch individualpsychologischen und politisch-kulturellen Transformationskonflikten offensichtlich ist, werden nur Forschungsansätze erfolgreich sein, die nicht in fachdisziplinären Säulen denken und die Produktivitätspotenziale interdisziplinärer Ansätze zu aktivieren vermögen. Zugleich sollte sich eine solche Forschung durch einen hinreichenden Drang zu den Praxisproblemen der Transformation leiten lassen. Ziel muss es sein, evidenzbasiertes Wissen für die zentralen Transformationskonflikte zur Verfügung zu stellen und Transformationsakteure über Restriktionen und Optionen zu informieren.

Die Funktionsmechanismen des kapitalistischen Entwicklungsmodells erzeugen ein »stahlhartes Gehäuse der Hörigkeit« (Max Weber), aus dem rechtzeitige Ausbrüche, wenn überhaupt, nur mit großer Mühe gelingen. Profit- und Akkumulationsdruck im ökonomischen System, die Abwehr von Transformationskosten durch mächtige Akteure sowie Blockaden in den politischen Arenen, die aus Furcht von dem Verlust von Mehrheiten und Legitimation hervorgehen, stellen hohe Hürden für eine große Transformation dar, will sagen: bis in die Machtstrukturen und Funktionsmechanismen des etablierten Entwicklungsmodells hineinreichend, muss die Transformation ausfallen, will sie den Mindestanforderungen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit genügen. Welche Rolle insbesondere einer öffentlichen Soziologie zukommen sollte, muss weiter diskutiert werden. Möglich wäre ein ironiebasiertes Grundverständnis Luhmann'scher Provenienz. Mit Hilfe von Forschungen, die soziale Probleme auf gesellschaftliche Strukturen oder Subsysteme zurückführen, könne man die Probleme nicht besser lösen, aber »wenigstens die Verhältnisse beklagen«, so Luhmann (1986: 13). Ertragreicher erscheint ein Ansatz, der sich trotz der entmutigenden Fülle der Transformationshürden in die verbleibenden Möglichkeitsräume vorwagt. Ein solcher könnte sich durch den viel zitierten Möglichkeitssinn eines Robert Musils ermutigen lassen. Dieser lässt sich »als die Fähigkeit definieren, alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist« (Musil 1978: 16). Ein solches Verständnis muss weder die Schwierigkeiten ignorieren, denen sich bereits die soziologische Zeitdiagnostik ausgesetzt sieht (Volkman 2015), noch wäre es gezwungen, die Ansprüche einer

Wirklichkeitswissenschaft preiszugeben. Doch wer sich problemorientierten Zeitdiagnosen nicht verweigern und zugleich das soziologische Laienpublikum adressieren möchte, sollte nicht nur eine »vordergründige Kumpanei mit sozialen Bewegungen oder anderen oppositionellen Kräften« (Dörre u.a. 2021: 150), sondern auch mit den gegebenen Verhältnissen meiden. Soll die wissenschaftliche wie politische Arbeit an der Transformation integriert fortgesetzt werden, ohne den Pessimismus des wissenschaftlichen Verstandes zu ignorieren, bleibt, ganz im Sinne Antonio Gramscis, wohl vor allem der Optimismus des Willens als Hoffnungsanker. Diesen, innerhalb der Grenzen, aber auch mit den Möglichkeiten sozialwissenschaftlicher Strukturanalysen auszudeuten, wäre Aufgabe einer kritischen Möglichkeitswissenschaft.

Literatur

- Agora Verkehrswende (2021), *Autojobs unter Strom. Wie Elektrifizierung und weitere Trends die automobile Arbeitswelt bis 2030 verändern werden und was das für die Politik bedeutet*, https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2021/BCG-Jobstudie/64_Jobeffekte.pdf; Zugriff: 11.02.2024.
- Audit Committee-Institute (Gundel, Astrid/Jordan, Stefanie/Tobias Pfaff, Christian Tobias) (2024), *CSRD-Umsetzungsgesetz*, <https://audit-committee-institute.de/media/aci-folder-2024-CSRD-UmsG-RefE.pdf>; Zugriff: 15.04.2024.
- Beckert, Jens (2024), *Verkaufte Zukunft Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*, Berlin.
- Blühdorn, Ingolfur (mit Felix Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost und Mirjam Mock) (2020), *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, Bielefeld.
- Brand, Karl Werner (2021), »Große Transformation« oder »Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit?«, *Leviathan*, Jg. 49, H. 2, S. 189–214.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024), *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*, München.
- Carstensen, Tanja/Schaupp, Simon/Sevignani, Sebastian (2024), *Theorien des digitalen Kapitalismus. Arbeit, Ökonomie, Politik und Subjekt*, Berlin.
- Dörre, Klaus (2021), *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution*, Berlin.
- Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/Sittel, Johanna (Hg.) (2020), *Abschied von Kohle und Stahl? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*, Frankfurt/M./New York.
- Dörre, Klaus/Ettrich, Frank/Lohr, Karin/Löw, Martina/Rosa, Hartmut/Seyd, Benjamin (2021), »Zwischen den Stühlen. Das Berliner Journal für Soziologie in der gesellschaftlichen Transformation und Refiguration«, *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 31, S. 145–157.
- Dörre, Klaus/Liebig, Steffen/Lucht, Kim/Sittel, Johanna (2024), »Klasse gegen Klima? Transformationskonflikte in der Autoindustrie«, *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 34, S. 9–46.
- Europäische Kommission (2019), Der europäische Grüne Deal. COM(2019) 640 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52019DC0640>, Zugriff: 22.06.2024.
- Fink, Larry (2022), »Die transformative Kraft des Kapitalismus. Brief an die CEOs 2022«, in: *blackrock.com*, <https://www.blackrock.com/ch/privatanleger/de/2022-larry-fink-ceo-brief>; Zugriff: 05.02.2024.
- Flacks, Marti/Normann, Hannah (2023), »What does the ESG backlash mean for human rights?«, in: *csis.org*, <https://www.csis.org/analysis/what-does-esg-backlash-mean-human-rights>, Zugriff: 22.02.2024.
- IG Metall Vorstand (2023), *Speed matters: Weichen für die Mobilitätswende stellen. Debattenpapier zur Mobilitätswende*, Frankfurt/M.
- Kaven, Carsten (2022), »Die »Große Transformation« als große Illusion? Über die Wahrscheinlichkeit des Notwendigen«, *Leviathan*, Jg. 50, H. 1, S. 68–89.
- Kollmeyer, Christopher/Peters, John (2019), »Financialization and the Decline of Organized Labor: A Study of 18 Advanced Capitalist Countries: 1970–2012«, *Social Forces*, Jg. 98, H. 1, S. 1–30.
- KPMG (2022), *Richtlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD)*, *kpmg-factsheet-csrd.pdf*, Zugriff: 24.02.2024.
- Krause, Nils/von Hesberg, Moritz (2023), »Rechtsgrundlagen von ESG«, in: Kai C. Andrejewski, Nils Krause Nils und Moritz von Hersberg (Hg.), *Praxishandbuch ESG. Grundlagen, Bedeutung und Umsetzung in Unternehmen*, Frankfurt/M., S. 27–100.
- Küster Simic, André u.a. (2023), *Emissionsarme Primärstahlproduktion mit grünem Wasserstoff: Arbeitsmarkstudie 2023*, Berlin (Manuskript).
- Luhmann, Niklas (1986), *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, Opladen.
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W. (1995a), »Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus«, in: Dies. (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt/M./New York, S. 39–72.
- Mayntz, Renate/Scharpf Fritz W. (1995b) (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt/M./New York,
- Mayntz, Renate/Scharpf Fritz W. (1995c), »Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren«, in: Dies. (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt/M./New York, S. 9–37.
- Mazzucato, Mariana (2024), »Für ein grünes Wachstumsnarrativ«, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 69, H. 2, S. 49–51.
- Musil, Robert (1978), *Der Mann ohne Eigenschaften*, Reinbek bei Hamburg.
- Neckel, Sighard (2023), »Das Dilemma der sozial-ökologischen Gleichzeitigkeit«, *Merkur*, Jg. 77, Nr. 894, S. 5–14.
- Pennekamp, Johannes (2011), »Wohlstand ohne Wachstum. Ein Literaturüberblick«, *MPIfG Working Paper* 11/1. Köln.
- Räthzel, Nora/Stevis, Dimitris/Uzzell, David (2021) (Hg.), *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies*. Cham.
- Scharpf, Fritz W. (2000), *Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Opladen.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2021), *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Hamburg.

- Schimank, Uwe (2009), »Die Moderne: eine funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft«, *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 19, H. 3, S. 327–351.
- Scholz, Robert (2023), »Unternehmensmitbestimmung und die sozialökologische Transformation: Zusammenhang zwischen Mitbestimmungsindex und ESG-Kriterien in börsennotierten Unternehmen«, *Mitbestimmungsreport*, Nr. 79, Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.), Düsseldorf.
- Senge, Konstanze/Dabrowski, Simon (2024), »Aktiengesellschaften zwischen Kapitalmarktorientierung und Nachhaltigkeit: Zur Multiresonanz und Pluralität in Unternehmen«, *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 53, H. 1, S. 8–24.
- Urban, Hans-Jürgen (2019), *Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus*, Hamburg.
- Urban, Hans-Jürgen (2022a), »Gewerkschaftliche Strategiebildung in der ökologischen Transformation«, *WSI Mitteilungen* H. 4/2022, S. 337–341.
- Urban, Hans-Jürgen (2022b), »Treiber oder Vetospieler? Das Dilemma der Gewerkschaften in der sozial-ökologischen Transformation«, in: Guido Becke und Peter Bleses (Hg.), *Interdependenzen von Arbeit und Nachhaltigkeit*, Weinheim, S. 177–190.
- Urban, Hans-Jürgen/Hebel, Stephan (2023), *Arbeit.Macht.Krise. Über Krisen des Kapitalismus und Pfade in eine nachhaltige Gesellschaft*, Frankfurt/M./New York.
- Volkman, Ute (2015), »Soziologische Zeitdiagnostik. Eine wissenssoziologische Ortsbestimmung«, *Soziologie*, Jg. 44, H. 2, S. 139–152.
- Zimmermann, Felix A. (2024), »ESG ist ein Strategiethema«, *ESG. Zeitschrift für nachhaltige Unternehmensführung*, Jg. 3., H. 2, S. 26–29.